

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/33

Bonn, den 18. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 W I L L Y B R A N D T 81

Seit fünf Jahren Vorsitzender der SPD

Von Herbert Wehner,

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

3 Unangebrachte Überbewertung 33

Die DDR-Flagge und der innerdeutsche Sportaustausch

Von Alwin Brück, MdB

4 - 5 N O R D E K 95

Der Norden als Wirtschaftseinheit mit Zollunion

Von Friedrich Ege, Helsinki

W I L L Y B R A N D T

Seit fünf Jahren Vorsitzender der SPD

Von Herbert Wehner,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Der Außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am 15. und 16. Februar 1964 in Bad Godesberg tagte, wählte am 16. Februar Willy Brandt zum Vorsitzenden der SPD. Brandt war der einzige Kandidat für dieses Amt. Er erhielt 320 von 334 Stimmen.

Die Parteitage, die im Herbst 1964 in Karlsruhe, im Frühjahr 1966 in Dortmund und im Frühjahr 1968 in Nürnberg stattfanden, bestätigten Willy Brandt mit steigenden Stimmenzahlen im Amt des Parteivorsitzenden. Als er zum ersten Mal gewählt wurde, war er der Regierende Bürgermeister von Berlin. Der Nürnberger Parteitag 1968 wählte Willy Brandt, inzwischen Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler, zum vierten Mal zum Parteivorsitzenden. Nach seiner erstmaligen Wahl zum Parteivorsitzenden hatte Brandt gesagt, daß Staatsamt und Parteiamt in der Demokratie kein Gegensatz sein dürfen und: "Ich werde es zu einem solchen Gegensatz jedenfalls nicht kommen lassen."

Dabei ist Willy Brandt auch durch Anfechtungen hindurch geblieben, und die Sozialdemokratische Partei ist gut dabei gefahren.

Willy Brandt ist eine politische Persönlichkeit, die sich geraume Zeit hindurch zurückhaltend verhalten hat, vor die Frage gestellt, für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren. Der Grund war nicht Scheu vor der Arbeitsbürde oder der Verantwortung; der Grund ist zu finden in seiner ausgeprägten Vorliebe für das Überzeugen durch Diskussion und für eine so wenig wie möglich institutionell zu begrenzende Meinungsfreiheit. Er wußte und hat es inzwischen durch Erfahrungen bestätigt bekommen, daß das Amt des Parteivorsitzenden der SPD ein unsagbar schweres Amt mit Pflichten ist, die den, der es auszuüben hat, fortgesetzt zu Entscheidungen nötigt, die eine politische Persönlichkeit so in ihren Bann schlagen könnten, daß ihr nur wenig Raum für die Entfaltung der eigenen politischen Neigungen bliebe. Aber Brandt hat auch gewußt und weiß es, daß die Aufgabe des Parteivorsitzenden von einem so hohem Rang ist, der nicht beliebig besetzt werden kann.

Willy Brandt hat von sich selbst nach der Wahl am 16. Februar 1964 gesagt: "Was der Lübecker Junge, der im skandinavischen Norden in die Lehre ging, von Berlin her hier einzubringen hat, das ist die Bewährung, der er sich dort stellt, wo es im freien Teil Deutschlands am schwierigsten ist." Das war richtig, doch ist es sehr be-

scheiden gesagt worden.

Professor Carlo Schmid, der 1964 in Bad Godesberg den Vorschlag eingebracht und begründet hatte, Willy Brandt als Nachfolger Erich O l l e n h a u e r s zum Vorsitzenden der SPD zu wählen, hatte die entscheidende Aufgabe des Vorsitzenden der SPD nach präziser Darlegung dessen, was Führung bedeutet, so definiert: "Er faßt durch eigenes Wirken zusammen und bringt es geschlossen zum Ausdruck überall dort, wo es auf der höchsten Ebene um das Ganze geht, um das Ganze von Partei und Staat." Auf die Persönlichkeit Willy Brandts bezogen, schlußfolgerte Carlo Schmid: "Es gab Zeiten, wo in Berlin der Krieg auf der Straße lag. Aber Willy Brandt stand da, und die Gefahr wurde gebannt. Dieser Mann scheint mir der rechte Erste Vorsitzende der Partei zu sein und auch der rechte, wenn es gilt, die Partei in den Kampf um die Mehrheit im Bundestag und in den Kampf um das Kanzleramt zu führen."

Es zeichnet Willy Brandt aus, daß er sich den Spannungen nicht entzogen hat, in die er gestellt werden mußte, wenn er die Verantwortung des Vorsitzenden der SPD zu tragen hat. "Offen diskutieren und geschlossen handeln" und: "Ich bin für viel Lebendigkeit in unseren Reihen. Aber ich werde die Einheit der Partei hüten wie meinen Augapfel."

Unter seinem Vorsitz ist die Sozialdemokratische Partei im Winter 1966 nach 36-jähriger Unterbrechung zum ersten Mal wieder Träger von Regierungsverantwortung in der Reichs- bzw. Bundesregierung geworden; mit vielen für das Selbstverständnis der Sozialdemokratie damit verbundenden Konsequenzen. Daß der Vorsitzende der SPD in seiner Eigenschaft als Bundesminister des Auswärtigen im September 1968 in Genf als erster deutscher Außenminister der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten, an der 96 Staaten teilnahmen, die Auffassung der Bundesregierung zur Friedenssicherung und Zusammenarbeit der Völker und Staaten darlegt und daß diese Konferenz eine deutsche Resolution über uneingeschränktes Gewaltverbot, Nichteingmischung und Selbstverteidigungsrecht mit 52 Ja-Stimmen gegen nur fünf Stimmen angenommen hat (bei 26 Stimmenthaltungen), darf als ein Ereignis gewertet werden, das nach der Unterbrechung seit dem Anfang der dreißiger Jahre (Völkerbund) für die künftige internationale Rolle der Bundesrepublik Deutschland von großem Gewicht sein wird.

Willy Brandt gebührt und verdient Dank dafür, daß er die Bürde der Verantwortung des SPD-Vorsitzenden auf sich genommen hat. Weit über die Grenzen seiner eigenen Partei hinaus erstrecken sich Vertrauen und Erwartungen, die seinem weiteren Wirken gelten.

+ + +

Unangebrachte Überbewertung

Die DDR-Flagge und der innerdeutsche Sportaustausch

Von Alwin Brück, MdB

Die Kanufahrerin Therese Zenz aus Mettlach an der Saar war bei drei Olympischen Spielen dabei. Jedesmal marschierte sie hinter einer anderen Fahne zur Eröffnungsfeier ins Stadion, in Helsinki hinter der blau-weiß-roten saarländischen, in Melbourne hinter der schwarz-rot-goldenen, in Rom hinter der schwarz-rot-goldenen mit den olympischen Ringen. Daran muß ich immer denken, wenn jetzt in der Bundesrepublik über die DDR-Flagge und die DDR-Hymne bei Sportveranstaltungen diskutiert wird.

Manche werden den Vergleich zwischen dem Saarland und der DDR naiv finden, weil schließlich im Saarland die politischen Verhältnisse ganz anders waren als in der DDR. Natürlich waren die Verhältnisse anders. Und sie waren auch entscheidend dafür, daß es eine "kleine Wiedervereinigung" im Westen gab. Die Tatsache, daß 1952 in Helsinki eine eigene saarländische Olympiamannschaft mit eigener Fahne und eigener Hymne aufgetreten war, spielte nicht die geringste Rolle dabei.

Flaggen und Hymnen sollte man daher nicht überbewerten in der Politik. Auch nicht die der DDR. Entscheidend bleiben die politischen Verhältnisse. Das Hissen oder Nichthissen einer sportlichen Veranstaltung hat hier nur geringen Einfluß, auch wenn man in Pankow damit Politik zu machen versucht. Da auch unsere Freunde im Ausland der deutschen Querelen überdrüssig sind, haben wir nur folgende Wahl: Entweder wir wollen auch in Zukunft internationale sportliche Veranstaltungen in der Bundesrepublik, dann müssen wir uns mit der DDR-Fahne abfinden, oder aber wir lassen uns in die sportliche Isolierung treiben. Wahrscheinlich würde sich Ulbricht darüber mehr freuen als über das Hissen der DDR-Fahne in der Bundesrepublik.

Für naiv halte ich die Vorstellung einiger Leute, nur bei den Olympischen Spielen in München Fahne und Hymne der DDR zuzulassen, wohl nach dem Motto, daß einmal keinmal sei. Einmal ist eben doch einmal. Sicht man hinter dem Zeigen der DDR-Fahne in der Bundesrepublik eine Anerkennung des Ulbricht-Regimes durch uns, dann ist das auch so bei einmaligem Hissen. Aber es wäre besser, wir würden Fahnen nicht überbewerten.

N O R D E K

Der Norden als Wirtschaftseinheit mit Zollunion

Von Friedrich Ege, Helsinki

Die Zusammenarbeit der nordischen Länder ist weit fortgeschritten und erweitert sich immer mehr, so daß man in vieler Hinsicht bereits von einem Block sprechen kann - mit dem Nordischen Rat als gut funktionierendes ständiges Verbindungs- und Organisationsorgan, in das die einzelnen Länderparlamente die 61 Repräsentanten wählen, und auf dessen Konferenzen Regierungsmitglieder (ohne Stimmrecht) sehr stark vertreten sind. Außerdem gibt es in diesem Rahmen ständige Ministerpräsidenten- und Außenministertreffen, wobei das Besondere dieses starken Zusammenschlusses die Tatsache ist, daß die nordischen Länder die natürliche Grundlage einer großen Familie bilden. Diese Länder unter sich sind N I C H T Ausland, überall fühlt man sich gleichermaßen zu Hause. Diese gemeinsame Basis unterscheidet die intime Zusammenarbeit der nordischen Länder von anderen Gemeinschaften wie z.B. die EWG.

Schon lange wird daran gearbeitet, eine Zollunion für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit der Nordischen Länder (NORDEK) zu schaffen. Hierbei muß natürlich jedes einzelne Land seine Gegebenheiten beachten, was da und dort Schwierigkeiten für eine gemeinsame Regelung wie z.B. in der Frage der Landwirtschaft und der Fischerei mit sich bringt.

Auf der kürzlich in Helsinki abgehaltenen Konferenz wurde nun der erste Bericht über den NORDEK-Plan des nordischen Zusammenarbeitskomitees der Öffentlichkeit übergeben. Als Ziel versucht man, falls alle nationalen Wünsche in den Plan eingebaut werden können, am 1. Januar 1972 die Nordische Zollunion zu verwirklichen.

Nun geht der NORDEK-Bericht auf die politische Ebene, und die Ministerpräsidenten der nordischen Länder (außer Island, das vorerst außerhalb des Nordek-Plans steht) haben bereits in Stockholm ihre erste Besprechung darüber gehabt.

Man muß in der gegenwärtigen Situation davon ausgehen, daß die Zusammenarbeit der nordischen Länder gerade auf wirtschaftlichem Gebiet eine natürliche Sache ist, denn dadurch wird die Wirtschaft der einzelnen nordischen Staaten zu einer starken Produktionsgemeinschaft, die wieder notwendig ist, um bei der harten Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine aktive Rolle spielen zu können. Das Mittel dafür ist natürlich ein Strukturwandel, eine weitgehende Rationalisierung, wobei die einzelnen nordischen Länder hinsichtlich ihrer begrenzten Binnenmärkte kompensiert werden.

Das Ziel von NORDEK ist, den einzelnen kleinen Ländern des Nordens solche Produktions- und Distributionsvoraussetzungen zu geben, wie die großen Länder sie haben, und dabei in keiner Weise die Interessen der anderen Partner zu beeinträchtigen.

Nachdem nun Beamte den NORDEK-Plan als Grundlage für die Diskussionen aufgestellt haben, müssen nun die Politiker sich der schwierigen Aufgabe unterziehen, die Gegebenheiten der einzelnen Länder so aufeinander abzustimmen, daß die endgültige Gutheißung von NORDEK Tatsache werden kann.

Für Finnland kommt hinzu, daß bei allen solchen Plänen der Osthandel Finnlands in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Die Einordnung der Landwirtschaft in den NORDEK-Plan wird etliches Kopfzerbrechen hervorrufen. In Finnland arbeiten immer noch 21 Prozent der gesamten Bevölkerung in der Landwirtschaft, in Norwegen 15 Prozent, in Dänemark 11 Prozent und in Schweden nur acht Prozent. Dänemarks besonders hochentwickelte Landwirtschaft, die eine größere wirtschaftliche Rolle spielt als in den anderen nordischen Ländern, bildet eines der schwierigsten Probleme für Finnland und Norwegen, wenn Dänemarks Landwirtschaft auf Kosten der anderen Partner eine Vorzugsstellung bekommt. Aber auch dieses Problem wird seine Lösung finden, ebenso wie die Fischei Norwegens, die ein zentrales Problem dieses Landes ist.

Aber auch politische Hindernisse werden von gewisser Seite angemeldet: daß NORDEK betreffend Finnland in negativer Hinsicht auf seinen Osthandel einwirken könnte, zumal der Vorsitzende des Unionsrates der Sowjetunion, Ivan Vasiljewitsch Spiridorov, gleich bei seiner Ankunft in Helsinki anlässlich eines Besuches erklärte: "Wir haben uns immer negativ zu geschlossenen Handelsblöcken verhalten. Der Handel zwischen den Ländern soll frei betrieben werden." Diese Kritik trifft daneben, denn einmal ist NORDEK gar kein "geschlossener" Handelsblock, und zum anderen hat COMECON (Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe) mit der "Bank sozialistischer Länder" den Charakter eines Blockes unter Führung der Sowjetunion. Da gerade zum Zeitpunkt dieser Äußerung der finnische Außenminister Karjalainen in Moskau weilte, konnte er auf einem Empfang in der Finnischen Botschaft in Anwesenheit u. a. des sowjetischen Außenhandelsministers sofort dazu Stellung nehmen: "Die politische Linie Finnlands wird nicht geändert, und der Handel mit der Sowjetunion nicht eingeschränkt werden." "Prawda" wieder meint in einem Artikel vom 24. Januar 1969, daß der NORDEK-Plan in Konflikt mit den "tiefsten Interessen der friedliebenden nordeuropäischen Völker stehe". Das ist aber ein Irrtum, denn der NORDEK-Plan ist eben ein Plan im Interesse der Zusammenarbeit der nordischen Völker. Die "Prawda" darf ohne geringste Sorge sein: die Länder des NORDEK-Plans werden auf keinen Fall eines ihrer Mitgliederländer - wie die Warschauer Paktländer die Tschechoslowakei - überfallen und okkupieren; das sollte die "Prawda" eigentlich wissen.

Wenn man die verschiedenen kritischen Bemerkungen zu dem NORDEK-Plan überblickt, so erkennt man, daß im Vordergrund doch der unbedingte Wille steht, die Wirtschaftseinheit der nordischen Länder zu schaffen. Der vorgelegte Plan muß nun die Gesichtspunkte der einzelnen Länder in den Plan einarbeiten, um tatsächlich keine Interessen der Partner zu stören, so daß ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Vor- und Nachteilen einer solchen nordischen Integrationsentwicklung erreicht wird. Da drei Jahre Zeit zur Verfügung stehen, um die Sonderwünsche der einzelnen Länder auf den Plan abzustimmen und die kritischen Gesichtspunkte zu zerstreuen, darf man annehmen, daß die Zeit dafür ausreicht. Dann wäre der Norden ein gemeinsames Marktgebiet mit gemeinsamen äußeren Zöllen und könnte mit Hilfe einer gemeinsamen Bank geschlossen auf den europäischen Märkten auftreten.